

Bericht über die Entwicklung in Polen im Monat

M a i 1957

A. Innere Entwicklung	1
=====	
<u>I. Politische Ereignisse</u>	1
1. Gomułka setzt sich durch	1
2. Gomułkas Referat auf dem IX. Plenum	5
Der polnische Weg zum Sozialismus	6
Rolle und Aufgaben der Arbeiterräte	7
Die Gewerkschaften und die Arbeiterräte	9
Bauernselbstverwaltung - der einzige Weg	11
Die Zusammenarbeit der PVAP mit der VBP	12
Die Beziehungen zwischen Staat und Kirche	13
Die sozialistische Demokratie und die bürgerliche Demokratie	14
Die Einheit der Partei nach den Prinzipien des demokratischen Zentralismus	14
Revisionismus entwaffnet die Partei - Die Arbeiterklasse im Kampf für den Sozialismus	15
Dogmatismus und Konservatismus entfernen die Partei von den Massen	17
Um eine bessere Zusammensetzung der Partei	18
Um eine weitere Verbesserung der Lebenslage der Werktätigen	18
Unsere Partei marschiert in einer Reihe mit der revolutionären Bewegung der Arbeiterklasse der Welt	19
3. Sühne für "Verfehlungen" der Staatssicherheit	21
4. Soziales Gefüge der Partei	21
5. Arbeiter und Studenten wollen nicht mitmachen	22
6. Päpstlicher als der Papst...	22
7. Sowjetdiplomaten aus Warschau ausgewiesen	23
<u>II. Wirtschaft</u>	24
1. Kolchosen sind schutzbedürftig	24
2. Unrecht wird wieder gutgemacht	25
3. Kein Brachland mehr	25
4. Staatsgüter kosten viel Geld	25
5. Wirtschaftliche Aktivierung der Westgebiete	26
<u>III. Soziale und kulturelle Fragen</u>	27
1. Statt zu erziehen, hat die Schule demoralisiert	27
2. Betrug an den Kumpels?	27
3. Arbeitslosigkeit	28
4. Statistik	29
B. Polen und Ausland	29
<u>1. Bezeichnende Formulierungen</u>	29
2. Freundschaft...	30
3. Polnischer Besuch in Prag	31

1) GOMULKA setzt sich durch

In der Zeit vom 15. bis 18. Mai 1957 fand in Warschau die Plenarsitzung des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei statt. Auf dieser Sitzung, dem IX. Plenum des ZK, hielt der Parteichef GOMULKA eine mehrstündige Rede, in der er die Bilanz der ersten sechs Monate nach dem Oktober zog, und ausserdem aktuelle Probleme, die vor der Partei stehen, umriß.

Sowohl das Referat als auch die Beschlüsse des Plenums wurden veröffentlicht. Die Diskussion allerdings, die sich nach dem Hauptreferat entwickelte, wurde der Öffentlichkeit nicht bekanntgegeben. Es sind aber genug Einzelheiten über diesen Kampf durchgesickert, so daß die daran interessierten politischen Kreise in Warschau ausreichend darüber informiert sind, wie und mit wem sich GOMULKA auf dem IX. Plenum auseinandersetzen musste.

Einer der politischen Publizisten, der sich nie durch besonderen Mut ausgezeichnet hatte, formulierte seine Eindrücke über das IX. Plenum in dem illustrierten Magazin "Przekroj" (Nr. 633) folgendermassen:

"Nach dem, was ich gehört habe, sieht das Plenum seinen ideologischen Hauptgegner in dem sogen. Revisionismus, den sogen. Dogmatismus bezeichnet man dagegen als den Hauptgegner in der täglichen Parteipraxis. Es ist also zu erwarten, daß man mit dem Revisionismus einen ideologischen Kampf führen wird (hoffentlich durch schöpferische Diskussionen), dagegen wird man den Dogmatismus in der täglichen Praxis bekämpfen, was wir uns sehnlichst wünschen. Über den Revisionismus hört man in der letzten Zeit zwar sehr viel, den Dogmatismus spürt man dagegen aber schon seit Jahren im täglichen Leben."

Die durchsichtige Ironie in diesen Worten ist nur allzu verständlich. GOMULKA startete auf dem Plenum einen Großangriff, der aber ins Leere stieß, da er hinterher von einer anderen Seite angegriffen wurde.

Einen beachtlichen Teil seines Referates widmete der I. Sekretär GOMULKA der Auseinandersetzung mit einem jungen Ideologen der Parteilinken, Leszk KOLAKOWSKI. Dieser gilt als einer der hervorragendsten Köpfe unter der jungen Parteigeneration und stammt aus den Krakauer Kreisen, die auch in der finstersten stalinistischen Nacht eine gewisse Distanz gegenüber der damaligen Parteilinie bewahrten. Vor drei Monaten schrieb nun KOLAKOWSKI in einer Warschauer Zeitung:

"Eine Gegenüberstellung der bürgerlichen und der sozialistischen Demokratie ist ein schädlicher Unsinn, da es sich nicht um die Liquidation der Erregenschaften der bürgerlichen Demokratie handelt, sondern um ihre Erweiterung durch ein System, das alle fiktiven Elemente, die durch die soziale Ungleichheit entstanden sind, aus ihr beseitigt."

Demokratie ist ein Risiko, aber ein lohnendes Risiko..."

GOMULKA'S Standpunkt dazu ist aber anders:

"Bei der Einteilung der Gesellschaft in Klassen gibt es und kann es keine integrale Demokratie geben. Jede Demokratie hat einen klassenbedingten Charakter, d.h., sie entspricht den Erfordernissen der bestimmten Gesellschaftsklassen und des bestimmten gesellschaftlichen Systems. Man darf bei der Betrachtung der Probleme der Demokratisierung unseres Lebens nicht so tun, als ob die bürgerliche Klasse nicht da wäre und die nichtbürgerlichen Klassen nicht beeinflussen könnte... Die Partei ist das Haupthindernis für die Reaktion und Bourgeoisie, die nämlich die Freiheiten der sozialistischen Demokratie einerseits gegen den Sozialismus selbst und andererseits gegen die Interessen der polnischen Arbeiterklasse ausnützen möchte. Je stärker unsere Partei wird, je stärker die vereinigten Kräfte des Sozialismus und des Fortschritts werden, desto grösser wird auch der Umfang der demokratischen Freiheiten in Volkspolen."

Dieser Standpunkt des Parteichefs ist nicht neu. Schon mehrmals hat er ihn in den letzten Monaten bei den verschiedensten Anlässen dargelegt. Erstaunlich ist nur die Leidenschaft, mit der er die "liquidatorischen" Bestrebungen der Intellektuellen der polnischen Linken bekämpft, und wie er sie der Abweichung bezüchtigt. Wie schon im letzten Monatsbericht festgestellt wurde, ist die polnische Linke eigentlich nur eine Gruppe der Parteiintellektuellen, deren Einflussmöglichkeiten auf die Massen dazu noch ziemlich gering sind. Sie veröffentlichen ihre Gedanken in der Hauptsache in Zeitschriften mit nicht allzu hoher Auflage, die daher von der Masse der Parteimitglieder nicht gelesen werden. Im Parteiapparat, in der Parteileitung sind sie kaum vertreten. Die Gefahr, die von dieser Seite droht, ist wahrhaftig nicht sehr groß.

Als GOMULKA nach seinem Referat lange Stunden hindurch einen konzentrierten Angriff der Parteikonservativen stalinistischer Prägung abwehren musste, dürfte ihm das wohl auch klar geworden sein. Man kann sich den Energieaufwand, mit dem er die Revisionisten und "Liquidatoren" verdammt, nicht mit dem Ausmass ihrer wirklichen politischen Gefährlichkeit erklären. Diese Erklärung muss man nicht in politischen, sondern in psychologischen Beweggründen suchen. GOMULKA ist ein überzeugter und gläubiger Kommunist. Für diesen Mann war es besonders schmerzlich, dass er nach dem Oktoberumschwung von vielen Seiten als "Verräter der sozialistischen Sache" verschrien wurde. Er ist mit einem wahren Verräterkomplex behaftet, und vieles, was er tut, muss unter diesem Aspekt gesehen und beurteilt werden.

Das Gefühl der Verantwortlichkeit für die Geschichte des polnischen Staates, des polnischen Volkes und der Partei in Polen, das Gefühl, er sei dafür verantwortlich, dass nicht eine immer drohende sowjetische Intervention alles, was der Oktober gebracht hat, zerstört, ist in ihm zu einem wahren Komplex geworden. Er weiss genau, wie mißtrauisch und argwöhnisch Moskau Polen betrachtet. GOMULKA möchte alles vermeiden, was den Sowjets einen Anlaß geben könnte, an seiner Loyalität und Redlichkeit zu zweifeln. Die demonstrative Art, mit der er den Kampf gegen die Revisionisten führt, soll all seinen Feinden und allen Zweiflern beweisen, dass der "polnische Weg" nur die Wahl anderer Mittel bedeutet, das Ziel aber dasselbe bleibt.

Aber seine Feinde nehmen keine Notiz davon. Als nach seiner großen Rede die Diskussion begann, wurde er nicht etwa von den Männern der Linken angegriffen, die er doch in seinem Referat wirklich nicht geschont hatte, sondern von denen, die am anderen Flügel stehen - von den Stalinisten.

Er wurde natürlich dessen bezichtigt, was ihn am empfindlichsten traf: Abkehr vom Sozialismus, Schwächung der Festigkeit des sozialistischen Lagers. Die Stalinisten behaupteten, GOMULKAs Haltung zur SU sei mit dem proletarischen Internationalismus (so wie ihn die Stalinisten verstehen) nicht vereinbar. Die neue Agrarpolitik der Partei, gewisse Freiheiten für die private Initiative und das Handwerk, die Versöhnung mit der Kirche und sogar die Bildung der Arbeiterräte wurden ihm angekreidet. Man warf ihm vor, diese Schritte hätten die antisozialistischen Elemente im Lande gestärkt, und die neue Parteipolitik vertiefe nur das politische und wirtschaftliche Chaos in Polen. Es war nicht schwer, diese massiven Angriffe zu entkräften. GOMULKA besitzt eine Kämpfernote und zögert nicht, einen ihm zugeworfenen Fehdehandschuh aufzuheben. Wie man sich in informierten Kreisen Warschaus erzählt, hat er seinen Gegnern gedroht, die Diskussion in die Öffentlichkeit zu bringen, damit die Masse der Parteimitglieder und der ganzen Bevölkerung sieht, wie sich die Parteikonservativen zu den Oktobererrungenschaften stellen. Dieses Argument soll seine Gegner dann doch zum Einlenken gebracht haben. Sie wissen genau, dass sie bei einer Volksabstimmung inner die Unterlegenen wären, und wollen es dazu erst gar nicht kommen lassen. Aber nicht nur beim Volke, nicht nur bei den kleinen Parteimitgliedern kann GOMULKA auf Unterstützung rechnen. In der derzeitigen Situation werden sich die Stalinisten auch im ZK der Partei nicht durchsetzen können, da sie bestensfalls nur ein Viertel aller Stimmberechtigten stellen können. Das hat schon das Oktoberplenium 1956 bewiesen, und seitdem dürfte sich in diesem Parteigremium nichts geändert haben.

Die Angriffe gegen GOMULKA auf dem IX. Plenum waren also nichts weiter, als eine Demonstration, die keinerlei Aussicht auf Erfolg hatte. Dennoch verfolgte diese Demonstration einen Zweck und war nicht etwa spontan. Die polnischen Stalinisten werden ferngesteuert. Die massiven Attacken, die sie gegen GOMULKA entfesselten, beweisen, dass Moskau in Polen im Spiel bleiben will. Man wollte GOMULKA davor warnen, zu versuchen, den Grad der erreichten Selbständigkeit zu erweitern. Besässen die Sowjets die Fähigkeit, GOMULKA richtig einzuschätzen, so würden sie diese Erpressungsaktion gar nicht starten, weil sie unnötig war. Zweifellos betrachtet der polnische Parteichef die im Oktober erkämpfte Autonomie für ausreichend, um den "polnischen Weg" zum Sozialismus zu realisieren. Er ist keineswegs bestrebt, die errungenen Freiheiten zu erweitern oder Polen gar in das westliche Lager zu steuern. Aber das den Sowjetführern angebotene Mißtrauen wird sie immer daran hindern, an die Loyalität GOMULKAS zu glauben. Sie werden also höchstwahrscheinlich den "kalten Krieg" gegen ihn fortsetzen, aber so lange es nur beim "kalten Krieg" bleibt, wird GOMULKA allen seinen Feinden überlegen bleiben.

Dass er auch diesmal einen Sieg errungen hat, beweisen die Unbesetzungen im Sekretariat des ZK. Er konnte seinen Vertrauten, Zenion KLISZKO, in das Sekretariat der Partei holen und damit auch seine eigene Position bedeutend festigen. Schon in den letzten Monaten spielte KLISZKO, der vor acht Jahren zusammen mit seinem heutigen und damaligen Chef aus der Partei ausgebootet wurde, eine immer grössere Rolle bei der Durchsetzung der GOMULKA-Linie im Parteiapparat. Bis jetzt war er nur Mitglied des ZK. Als Sekretär dieses Gremiums wird er nun gegenüber den Bezirkssekretariaten und Exekutiven der Partei viel grössere Befugnisse haben. Er wird als rechte Hand des Parteichefs in allen internen Parteiangelegenheiten betrachtet.

Gleichzeitig wurde in das Sekretariat des ZK ein anderes ZK- und Politbüromitglied eingeführt, Herzy MORAWSKI. Dieser jüngste Mann im Politbüro war auch schon früher Mitglied des Sekretariats, allerdings sass er damals noch nicht im Politbüro. Er gehört zum Zentrum der Partei, hat eine brillante Intelligenz und eine Elastizität, die nicht gerade für Charakterstärke spricht.

Edward OCHAB musste nach dem IX. Plenum das Sekretariat der Partei verlassen, weil er sich als Landwirtschaftsminister "nicht genügend den Parteiangelegenheiten widmen" konnte. OCHAB, der Mitglied des Politbüros ist, besitzt aber innerhalb der Parteihierarchie weiterhin eine feste Position.

Aus den Auseinandersetzungen des letzten Plenums konnte GOMULKA also als Sieger hervorgehen und seine Stellung an der Spitze der Partei festigen.

In seiner grossen Rede (ausführliche Teile daraus folgen), hat er in allgemeinen an seinem Oktoberprogramm festgehalten und es erfolgreich gegen alle inneren Gegner verteidigt. Kurze Zeit vor dem IX. Plenum hat GOMULKA etwas getan, was allen Zweiflern beweist, dass er auch bereit ist, sein Programm ebenfalls nach aussen hin zu verteidigen und nicht dulden will, wenn man es von aussen zu untergraben versucht. Er hat einen aufsehenerregenden Schritt unternommen, der im sowjetischen Lager ohne Beispiel ist: Er setzte die Abberufung des sowjetischen Botschaftssekretärs in Warschau, MASLENNIKOW durch. (An anderer Stelle wird darüber ausführlich berichtet). Dieser sowjetische Diplomat hatte gegen GOMULKA eine regelrechte Kampagne geführt und damit seine Befugnisse weitgehendst überschritten. GOMULKA zeigte aber, dass er zwar im Rahmen der erkämpften Autonomie bleibt, aber auch nicht erlaubt, diesen Rahmen einzuengen.

2) GOMULKAs Referat auf dem IX. Plenum

Gleich in den ersten Worten seiner Rede wies GOMULKA auf den schwierigsten Punkt seines Programms:

"Wir wissen, dass die werktätigen Menschen den Sozialismus nicht nur wollen, damit die kapitalistische Ausbeutung abgeschafft wird, damit sie das Gefühl der Freiheit von der Ausbeutung haben. Die werktätigen Massen knüpfen an den Sozialismus die Hoffnung auf eine rasche Verbesserung ihres Daseins. Die Geschichte hat einen solchen Lauf genommen, dass der Sozialismus als Gesellschaftsordnung die geschichtliche Arena in wirtschaftlich zurückgebliebenen oder unterentwickelten Ländern betreten hat. Dies erleichtert nicht den Aufbau des Sozialismus, sondern erschwert ihn. Die Verbesserung der Daseinsbedingungen der werktätigen Massen wird von Ausbau der Produktivkräfte bedingt, was wiederum eine Anhäufung von Mitteln voraussetzt, die für diesen Zweck erforderlich sind. Das rasche Entwicklungstempo der Produktivkräfte ist angesichts der wirtschaftlichen Rückständigkeit des Landes, angesichts der wirtschaftlich schwachen Ausgangsbasis unungänglich, es gebietet aber auf der anderen Seite ein verhältnismässig langsames Tempo der Verbesserung der Lebenshaltung der werktätigen Massen in der Zeit des Ausbaus der Produktivkräfte. Eine Beschleunigung des Wachstums des Lebensstandards wiederum zieht eine Verlangsamung des Ausbautempos der Wirtschaft nach sich. Diese wechselseitigen Widersprüche treten bei uns seit Beginn des Aufbaus des Sozialismus auf und werden noch eine längere Zeit hinaus auftreten.

Der polnische Weg zum Sozialismus

Die Praxis des sozialistischen Aufbaus in den jeweiligen Ländern hat keine universelle Form des Aufbaus des Sozialismus hervorgebracht. Die Praxis des sozialistischen Aufbaus hat vielmehr den Beweis erbracht, dass es universelle Formen nicht gibt und auch nicht geben kann. Das VIII. Plenum hat drei Entwicklungswege für den sozialistischen Aufbau in unserem Lande gewiesen. Der erste, das sind die Arbeiterräte, der zweite, das sind grössere Befugnisse für die Volksräte und der dritte, das ist die Entwicklung der verschiedenen wirtschaftlichen Formen der bäuerlichen Selbstverwaltung. Diese drei Richtungen stellen wichtige Elemente des polnischen Weges zum Sozialismus dar.

Der Weg zum Sozialismus, den die SU unter bestimmten allgemeinen historischen Bedingungen und unter bestimmten, für Rußland spezifischen und durch seine historische Entwicklung gestalteten Bedingungen ging, ist für die anderen Nationen weder durchaus notwendig, noch durchaus geeignet. Jede Nation hatte ihren eigenen Entwicklungsweg, der ihr seinen Stempel aufgedrückt hat. Ein spezifisches Merkmal, das die Geschichte der Psyche der polnischen Nation aufgeprägt hat, ist beispielsweise die besondere Empfindlichkeit in puncto Souveränität des Landes.

Unsere Nation ist ein stark ausgeprägter Individualismus im täglichen Leben und gleichsam ein tiefes Gefühl der Solidarität im Auftreten gegen Feinde von aussen eigen. Beispiele dafür liessen sich eine Unmenge aufzählen.

Die Betonung der historischen Verschiedenheiten und der nationalen Eigenheiten beim Aufbau des Sozialismus darf nicht eine Negierung der allgemeinen Gesetzmässigkeiten, der allgemein gültigen Prinzipien bedeuten, die aus den Erfahrungen des sozialistischen Aufbaus in der SU abgeleitet wurden. In der Praxis angewandt würde eine solche Negierung auf graden Wege zur Vernichtung des Sozialismus führen. Eine Unterschätzung oder Negierung der allgemeinen, von der SU erprobten Gesetzmässigkeiten des Aufbaus des Sozialismus ist nationalistischer Revisionismus. Die allgemein gültigen Gesetzmässigkeiten, die im Kampf um den Sozialismus allgemeine Anwendung finden, lassen sich in folgenden Regeln zusammenfassen:

1. Organisierung einer marxistisch-leninistischen Partei der Arbeiterklasse und der werktätigen Massen, die sich von den Prinzipien des demokratischen Zentralismus leiten lassen und eine Politik des Bündnisses der Arbeiterklasse mit der werktätigen Bauernschaft betreiben;
2. nach dem Sturz der Macht der Bourgeoisie - Errichtung der Diktatur des Proletariats gegen die Schichten der Ausbeuter und der Unterdrückten des werktätigen Volkes;

3. Vergesellschaftung der kapitalistischen Produktionsmittel, schrittweise Umgestaltung der Produktionsverhältnisse auf dem Lande, Einbeziehung der gesamten Volkswirtschaft in einen unrisenen Rahmen der zentralen Planung und Führung;
4. eine politische Linie in Übereinstimmung mit den Leninschen Prinzipien des proletarischen Internationalismus, Achtung der Gleichheit und Souveränität aller Staaten und Nationen, Zusammenschluss der sozialistischen Länder und Kräfte, um sich einer imperialistischen Aggression zu widersetzen und den Frieden zu verteidigen.

Diese allgemeinen universellen Gesetzmässigkeiten sind ein Bestandteil jedes Weges zum Sozialismus. Ohne ihre Anwendung könnten die Arbeiterklasse und die werktätigen Massen nicht den Übergang von der kapitalistischen zur sozialistischen Gesellschaftsordnung vollziehen.

Eine unabdingbare Voraussetzung sowohl für den Sturz der Macht der Bourgeoisie als auch für den Aufbau des Sozialismus ist, dass diese Prozesse von einer marxistisch-leninistischen Partei der Arbeiterklasse gelenkt werden. Das wissen alle unsere Feinde sehr wohl. Wenn sie also den Sozialismus angreifen, richten sie ihren Schlag vor allen gegen die Partei.

Rolle und Aufgaben der Arbeiterräte

Die Arbeiterräte sind eine Form der Arbeiterdemokratie im System der Diktatur des Proletariats, welche das Gebiet zur Produktion und das Gebiet der Leitung der Produktionsbetriebe umfasst. Die Arbeiterräte sind keine Organe der politischen Machtausübung durch die Arbeiterklasse, wie sie in der Geschichte der Arbeiterbewegung die Räte der Arbeiterdelegierten waren. Die Arbeiterräte sind Organe, mittels derer die Arbeiterklasse an der Führung der Volkswirtschaft direkten Anteil nimmt, wesentlich umfassender und tiefgreifender als sie bisher an den organisatorisch-wirtschaftlichen Funktionen des Staates der Diktatur des Proletariats, d.h. des den Sozialismus aufbauenden Staates, teilnahmen.

Falsch wäre jedoch die Annahme, dass die Arbeiterklasse in jenen sozialistischen Ländern, in denen es keine Arbeiterräte gibt, des Instrumentes zur Leitung der Produktionsbetriebe und der Volkswirtschaft beraubt sei. Ein solches Instrument können ebensogut die Gewerkschaften und die mit entsprechenden Befugnissen ausgestatteten Betriebsräte sein. Bei uns hat sich jedoch nach dem Willen der Arbeiterklasse die Form der Arbeiterräte herausgeschält.

ie inner, wenn in die Arena des Lebens neue Formen seiner Organisation treten, geht damit eine gewisse Verwirrung einher. Und so sind auch jetzt, wo wir mit der Bildung der Arbeiterräte begonnen haben, verschiedene falsche Konzeptionen hinsichtlich des Umfanges der Befugnisse, über die die Arbeiterräte verfügen sollten, aufgestellt worden. Es gibt Stimmen, die den Gedanken vertreten, die Produktionsbetriebe quasi als Kollektiv-eigentum den einzelnen Belegschaften zu übergeben, die mit Hilfe der Arbeiterräte diese Betriebe selbständig leiten würden. Wenn jede Fabrik sozusagen genossenschaftliches Eigentum der Arbeiter wird, dann würden auch uningeschränkt, nur mit schlimmeren Folgen, alle die die kapitalistische Wirtschaft regierenden Gesetze zum Zuge kommen. In der Volkswirtschaft müssten die zentrale Planung und Verwaltung, ein Grundmerkmal des Sozialismus, verschwinden. Die Preise für die von den einzelnen Fabriken hergestellten Waren setzte der Markt elementar, gemäss dem Gesetz von Angebot und Nachfrage, fest. Jede Fabrik würde nämlich ihre Produktion selbstständig festlegen, völlig unabhängig von den anderen Fabriken. Auch die Investitionen würden vom Markt diktiert werden, nur mit schlimmeren Folgen als im Kapitalismus.

Der Kapitalist ist ja selbst Eigentümer der Fabrik, oder es ist eine Gesellschaft von Kapitalisten. Er kann also einen Wiesenanteil des erzielten Profits für Investitionen verausgaben, wenn er auch nur einen minimalen Teil des Profits für seine persönlichen Bedürfnisse bereitstellt, sichert er sich doch einen von ihm festgesetzten Lebensstandard. Die Arbeiter als kollektive Besitzer einer Fabrik dagegen würden, da sie einen relativ niedrigen Lebensstandard haben, stets danach trachten, ihre Löhne so hoch wie möglich zu schrauben, ohne dabei auf Investitionen zu achten. Die Volkswirtschaft hätte bei einem solchen System nichts mit Sozialismus gemein und würde bald in den Abgrund eines Niederganges stürzen. Es lohnt sich deshalb nicht einmal, über diese Konzeption zu sprechen.

Andere Stimmen verlangen, die Arbeiterräte nicht nur in den Produktionsbetrieben zu bilden, sondern ihren Aufbau senkrecht nach oben entsprechend den Produktionsbranchen fortzuführen.

Arbeiterräte auf höherer als auf Fabrikebene müssten notgedrungen vom Staat oder, was auf dasselbe hinausläuft, von den Fabriken bezahlt werden. Sie würden also hautpantliche Räte werden. Das Resultat wäre, dass sie selbst zu Zentralverwaltungen werden würden. Ohne irgendwelche Erfahrungen würden sie den ihnen unterstehenden Volkswirtschaftszweig un vieles schlechter verwalten als die heutigen Zentralverwaltungen. Sie würden auch nach Ablauf einer längeren Zeit die Wirtschaft nicht richtig leiten können, da ja der Idee der Arbeiterräte zugrunde-

liegt, dass diese wählbar sind und periodisch gewechselt werden können.

Darum muss die Partei den Erfindern der angeführten Konzeptionen oder anderer ähnlicher Konzeptionen klar und deutlich sagen: Hört auf, in den eigenen Köpfen Verwirrung zu stiften und hört ebenso auf, in den Köpfen der Arbeiter Verwirrung zu stiften! Die Idee der Arbeiterräte, stützt sie sich auf derartige Konzeptionen, würde nur kompromittiert werden und würde Hoffnungen enttäuschen, die die Arbeiterklasse an die Arbeiterräte knüpft. Man muss auch den absurden Gedanken fallen lassen, dass die Ablehnung derartiger Konzeptionen durch die Partei ein Zeichen des Rückzuges von den Positionen des Oktober, d.h. eine Abkehr vom VIII. Plenum sei.

Die Befugnisse, die die Arbeiterräte besitzen, sind durchaus nicht zu gering oder unzureichend, um in ihrem Rahmen nicht grosse wirtschaftliche Erfolge zu erzielen und die Verwirklichung des Leitgedankens sicherstellen zu können, der in der Idee der Arbeiterräte enthalten ist, nämlich Arbeiterdemokratie in den Produktionsbetrieben.

Die Gewerkschaften und die Arbeiterräte

Wir haben die Konzeption, über den Räten eine hierarchische Pyramide als Überbau zu errichten, als unreal zurückgewiesen. Wir haben nachgewiesen, wohin das in der Praxis führen würde. Gegenwärtig darf man aber nicht die Arbeiterräte ihrem Schicksal überlassen. In der augenblicklichen Situation besteht die einzig reale Zielsetzung darin, die von den Arbeiterräten benötigte Hilfeleistung in organisatorische Formen zu kleiden und diese Probleme einer derartigen Lösung entgegenzuführen, dass diese Aufgaben den Gewerkschaften übertragen werden.

Ohne den autonomen Charakter der Arbeiterräte und ihre Unabhängigkeit gegenüber den Gewerkschaften zu ändern, ist es notwendig, die Arbeiterräte mit den Gewerkschaften zu verbinden.

In örtlichen und in zentralen Apparat der Gewerkschaften wie auch im Zentralrat der Gewerkschaften selbst sind besondere Stellen einzurichten, deren Aufgabe es wäre, im Einvernehmen mit den zuständigen Verwaltungsressorts Schulungsmaterialien für die Arbeiterräte auszuarbeiten.

Man kann sich nur freuen, wenn den Arbeiterräten Ingenieure, Techniker und Verwaltungsangestellte angehören. Man muss sie in die Arbeiterräte hineinwählen. Mit ihrem Wissen können und sollten sie die wirtschaftliche Tätigkeit der Räte unterstützen. Nur muss an die Notwendigkeit gedacht werden, dass die Räte Arbeiterräte sind, und dass ihnen demnach in der Mehrzahl Arbeiter angehören müssen. In ihnen müssen die Arbeiter die maßgebliche Stimme haben.

Die Parteiorganisation im Betrieb bleibt die führende politische Kraft, die den Kampf der Arbeiterklasse und der Intelligenz um ein höheres technisches Niveau, um eine bessere, billigere und grössere Produktion organisiert.

Die Parteiorganisationen haben die Tätigkeit der Arbeiterräte politisch anzuleiten, indem sie die Arbeiterräten angehörenden Parteimitglieder systematisch konsultieren und instruieren, ohne zu versuchen, die Räte durch Kommandieren und Administrieren zu lenken. Die den Räten angehörenden Parteimitglieder sollten sich zu einer Parteigruppe zusammenschliessen, mit der die Leitung der Parteiorganisation systematisch zu arbeiten hat.

Die zweite Hauptrichtung der Demokratisierung und Dezentralisierung in der Führung der Volkswirtschaft und der Bereiche der Bildung, der Kultur und der sozialen Probleme ist der Kurs auf eine Erhöhung der Bedeutung der Volksräte, insbesondere der Volksräte auf tieferer Ebene.

Um den Prozess der Dezentralisierung der Staatsverwaltung und der Demokratisierung der Volksräte zu Ende zu führen, ist es notwendig, dass einmal die strittigen Angelegenheiten hinsichtlich einer Abgrenzung des Wirkungsbereiches der zentralen und der örtlichen Behörden auf den Gebieten des Schulwesens, der Kultur, der Mechanisierung der Landwirtschaft, der Straßenwirtschaft und des Kraftfahrzeugtransportes endgültig geregelt werden. Zum anderen muss die Tätigkeit der Ministerien, denen die Aufsicht über jene Gebiete obliegt, welche den örtlichen Volksräten übergeben wurden auf die Wahrnehmung der Aufsichtspflicht über die Anwendung einer einheitlichen Staatspolitik begrenzt werden. Zur Verringerung der kleinteiligen Einnischungen der Ministerien in die Tätigkeit der Volksräte müsste auch die Umwandlung der Ministerien für Kommunalwirtschaft und für Kleinindustrie und Handwerk in selbstverwaltende Zentralorgane der Volksräte beitragen. Dazu kommt noch, dass die Reorganisation der staatlichen Kleinindustrie möglichst noch im Laufe des Jahres 1957 zu Ende geführt wird, indem die Industriebetriebe, die auf der Basis örtlicher Rohstoffvorkommen und für den lokalen Marktbedarf produzieren, den örtlichen Volksräten auf Kreis-, Stadt-, bzw. Wojewodschaftsebene, je nach dem Bereich dieser Betriebe, übergeben werden. Dieses gilt in der Hauptsache für die Baustoffindustrie, für einige Betriebe der Nahrungsmittelindustrie, der Leichtindustrie u.ä. Auch muss die finanzielle Selbständigkeit der örtlichen Volksräte durch weitere Vergrößerung ihrer eigenen Einnahmequellen bzw. des von oben festgelegten Anteils an den gesamtstaatlichen Einnahmequellen sichergestellt werden.

Bauernselbstverwaltung - der einzige Weg

Die radikalste Wendung, die in Ergebnis der Beschlüsse des VIII. Plenums in der Politik der Partei vollzogen wurde, besteht in der Markierung neuer Wege, die zur sozialistischen Umgestaltung des Dorfes führen. Das ist die schwierigste Aufgabe innerhalb des Gesamtkomplexes des sozialistischen Aufbaus.

Wir kennen nur eine Form, die Bauernwirtschaften der kleinen Marktproduktion auf den Weg der sozialistischen Wirtschaftsweise zu führen, nämlich die Form der Produktionsgenossenschaften. Die Form ist gut, wenn auch die meisten unserer Produktionsgenossenschaften, die in der vergangenen Zeit gegründet wurden, die Probe ihrer Lebensfähigkeit nicht bestanden haben. Über die Ursachen dieser Tatsache haben wir schon mehrmals gesprochen. Wir ziehen die Lehre aus der bisherigen Praxis, beseitigen die Fehler und fördern die Entwicklung eines gesunden Produktionsgenossenschaftsweges. Wir suchen auch nach neuen Wegen, die der Bauernwirtschaft in der Entwicklungsperspektive einen inner breiteren und tiefer gehenden gesellschaftlichen Charakter geben würden. Wir haben anerkannt, dass die verschiedenen Formen des ländlichen Genossenschaftswesens und die verschiedenen Formen der Gemeinschaftstätigkeit auf den Lande, nämlich innerhalb der landwirtschaftlichen Zirkel, weitgehendst entwickelt werden müssen.

Die Arbeiterselbstverwaltung stützt sich auf das staatliche, sozialistische Eigentum an Produktionsmitteln, während sich die Bauernselbstverwaltung auf das individuelle Eigentum an Boden als Produktionsmitteln und auf das individuelle und mitunter auch gesellschaftliche Eigentum an Produktionsinstrumenten stützt. Die Arbeiterselbstverwaltung repräsentiert einen sozialistischen Charakter der Produktion, sie ist eine sozialistische Selbstverwaltung. Die bäuerliche Selbstverwaltung hingegen, die sich auf das private Eigentum an Boden und Produktionsinstrumenten stützt, ist eine Selbstverwaltung der kleinen Produzenten. Die wirtschaftlichen Elemente des Sozialismus kommen in der bäuerlichen Selbstverwaltung erst dann klar zum Vorschein, wenn die zu landwirtschaftlichen Zirkeln oder zu anderen Gemeinschaften zusammengeschlossenen Bauern landwirtschaftliche Maschinen, d.h. Produktionsinstrumente, als gemeinsames Eigentum erwerben. In solchen Fälle verbleibt der Boden als Produktionsmittel in ihrem Privateigentum, während die Produktionsinstrumente bereits gemeinschaftliches Eigentum sind. Die bäuerliche Selbstverwaltung ist und bleibt ein Boden des Kampfes zwischen den reichen und den armen Bauern.

In den landwirtschaftlichen Zirkeln bzw. in den Dörfern muss das ganze Dorf, namentlich die Klein- und Mittelbauern, umfassende Maschinengemeinschaften gründen.

Dann wird auch die Abhängigkeit des ärmeren - und des grösseren - Teiles des Dorfes von den über eigene landwirtschaftliche Maschinen verfügenden reichen Bauern in Fortfall kommen.

Den Kritikern der Richtlinien für die Landwirtschaftspolitik der Partei ist die Frage zu stellen, ob sie ein besseres, wirksameres Programm für den Aufbau des Sozialismus auf dem Lande haben. Wir werden es gern übernehmen, wenn es sich als solches erweist. Die Sache ist nur die, dass sie kein Programm haben und auch nicht haben können. Ihr Kritik ist unfruchtbar, hohl, dogmatisch.

Die Landwirtschaftspolitik der Partei darf die Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion nicht erschweren. Sie muss sie in Gegenteil erleichtern. Hat doch diese Entwicklung nicht nur für den Aufbau des Sozialismus auf dem Lande eine entscheidende Bedeutung, sondern auch für den Aufbau des Sozialismus in der Stadt.

Die Zusammenarbeit der PVAP mit der VBP

In der Landwirtschaftspolitik der Partei wie auch im Gesamtkomplex unserer Politik kommt der Zusammenarbeit mit der Vereinigten Bauernpartei wichtige Bedeutung zu.

Das Arbeiter- und Bauernbündnis, das sich aus dem Inhalt der Politik unserer Partei ergibt, hat in unseren Lande zwei Organisationsformen angenommen. Die erste ist die unmittelbare Tätigkeit der Partei auf dem Lande mit Hilfe des Netzes ihrer Parteiorganisation, die auf die bäuerlichen Massen politisch einwirken. Die zweite ist die Zusammenarbeit unserer Partei mit der Vereinigten Bauernpartei. Diese, unsere Eigenart des Arbeiter- und Bauernbündnisses ist ein sehr wichtiger Bestandteil dessen, was wir als den polnischen Weg zum Sozialismus bezeichnen. Wir erkennen die VBP als eine selbständige Partei an und bringen dies in der Praxis in immer umfassenderer Weise zum Ausdruck. Wir betrachten die VBP als einen festen Bestandteil unseres politischen Lebens und unseres Weges zum Sozialismus. Wir freuen uns darüber, dass die bäuerliche Volksbewegung eine eigene Bauernpartei hervorgebracht hat, die erkannt hat, dass die Zukunft Polens und die Zukunft der werktätigen Bauern in Sozialismus liegt.

Zugleich muss aber unsere Partei ihrer tiefen Beunruhigung Ausdruck geben, die durch Anzeichen eines Eindringens fremder, ja sogar der Volksmacht und den Sozialismus feindlich gesinnter Elemente in einige Glieder der VBP hervorgerufen wird. Wir äussern unsere tiefe Beunruhigung über die tolerante Haltung einiger leitender Glieder der VBP gegenüber solchen Erscheinungen. In einigen Organisationen der VBP kommen offene, feindliche Ausfälle gegen unsere Partei, gegen die Volksmacht und gegen die Zusammen-

arbeit der VBP mit unserer Partei vor. Inner dreier beginnen die verschiedensten demagogischen Unruhestifter sowie Menschen, die noch von dem bankrotten Agenten fremder Geheimdienste, Mikolajczyk träumen, ihr Haupt zu erheben. Alles das kann unsere Partei nicht billigen. Das sind nicht mehr interne Angelegenheiten der VBP, das ist eine Untergrabung der Ordnung des Volksstaates.

Die Beziehungen zwischen Staat und Kirche

Man braucht nicht zu betonen, dass sich unsere Partei auf die wissenschaftliche Weltanschauung des dialektischen Materialismus stützt, und dass ihr die idealistische Weltanschauung fremd ist. Und dennoch haben wir mit der katholischen Kirche eine Verständigung herbeigeführt, und haben wir sogar zugestimmt, dass in den Schulen nichtobligatorischer Religionsunterricht erteilt wird. In dieser Beziehung hat sich bei uns ein Zustand herausgebildet, den es nicht nur in den anderen sozialistischen Ländern nicht gibt, sondern auch nicht einmal in solchen kapitalistischen Ländern wie Frankreich oder den USA. Es ist klar, dass diese Lage der Dinge der Weltanschauung unserer Partei nicht entspricht.

Die Partei darf jedoch ihre Augen nicht und nie vor keiner Wirklichkeit verschliessen. Sie darf in ihrer Politik auf die Gläubigen keinen administrativen Druck ausüben, und sie darf nicht die Tatsachen übersehen, dass der frühere Streit mit der Kirche Millionen von Gläubigen gegen die Volksmacht einnahm, ihre Mitwirkung an unserem Aufbauwerk erschwerte und sie von Sozialismus abstieß. Dieser Zustand musste geändert werden.

Unsere Partei geht davon aus, dass die idealistische Weltanschauung noch lange Zeit neben der materialistischen bestehen wird.

Die Partei zieht in ihrer Politik gegenüber der Kirche aus der realen Lage konsequente Schlussfolgerungen. Es geht nunmehr darum, dass auch die Kirche solche Schlussfolgerungen bis zur letzten Konsequenz zieht.

Wir tragen auf unserem Wege zum Sozialismus der Tatsache Rechnung, daß in Polen Millionen Anhänger des römisch-katholischen Glaubens leben. Wir hindern die Kirche nicht daran, dass sie in Glaubensangelegenheiten ihren doktrinären römischen Weg geht. Die Kirche muss aber auch die Tatsache berücksichtigen und anerkennen, dass Polen seine einstige Gesellschaftsordnung verändert hat, und dass es den Sozialismus aufbaut. Wir wünschen, dass die Kirche in Fragen, die die lebenswichtigen Interessen Volkspolens und seines Volkes betreffen, gemeinsam mit uns einen polnischen Weg einschlagen möge. Davon wird in hohem Masse die Gestaltung der Beziehungen zwischen Volksstaat und Kirche auf lange Sicht abhängen.

Die sozialistische Demokratie und die bürgerliche Demokratie

Naiv oder auch nur mit Naivität benähtelt sind die hier und da laut werdenden Stimmen, denen zufolge die sozialistische Demokratie alle Züge der bürgerlichen Demokratie mit denen der sozialistischen Demokratie in sich vereinen soll. In Klassengesellschaften und in Anbetracht der klassenmäßigen Teilung der Welt gibt es keine und kann es keine sogenannte integrale Demokratie geben. Jede Demokratie ist eine Klassendemokratie, d.h. auf die Erfordernisse bestimmter gesellschaftlicher Klassen und einer bestimmten Gesellschaftsordnung zugeschnitten.

Jede Demokratie hat ihr Klassenantlitz.

Die sozialistische Demokratie, die unter Bedingungen des Klassenkampfes in Aktion ist, sollte nur die Erfordernisse des sozialistischen Aufbaus berücksichtigen und muss in diesen Rahmen eingeschlossen sein. Das ist umso notwendiger, als die bei uns errichtete sozialistische Ordnung noch eine junge Ordnung ist.

Die Partei ist lediglich der hauptsächlichste Damm, der die Bourgeoisie und die Reaktion daran hindert, die sozialistischen demokratischen Freiheiten gegen den Sozialismus, gegen die Interessen der Arbeiterklasse und der werktätigen Massen auszunützen. Das Ausmass der demokratischen Freiheiten in Volkspolen wird desto breiter sein, je stärker unsere Partei sein wird, je stärker alle zusammengeschlossenen Kräfte des Sozialismus und des Fortschritts sein werden. Jeder, der den Wunsch hegt, dass die demokratischen Freiheiten, die in unseren Leben Einzug gehalten haben, immer mehr gefestigt und vertieft werden, muss die Positionen unserer Partei in Volke stärken, muss ihre Tätigkeit unterstützen.

Die Einheit der Partei nach den Prinzipien des demokratischen Zentralismus

Die erste und hauptsächlichste Voraussetzung für die Stärke der Partei ist die Einheit ihrer Reihen. Die Einheit der Partei kann keine mechanische, blinde und auf der gehorsamen Befehlsausführung beruhende Einheit sein. Die Stärke der Partei beruht auf ihrer ideologischen Einheit. Die Einheit der Partei muss auf den Prinzipien des demokratischen Zentralismus basieren. Sein Hauptmerkmal ist, dass sich die Minderheit den Beschlüssen und dem Willen der Mehrheit der Parteimitglieder unterordnet, da die Aktionseinheit der Partei nur auf diese Weise gewährleistet werden kann. Ein Parteimitglied kann nicht das Recht für sich in Anspruch nehmen, seine mit dem Standpunkt der Mehrheit der Partei, mit der von den dazu berufenen Parteinstanzen festgelegten Parteipolitik nicht übereinstimmenden Ansichten nach aussen hin zu vertreten.

Nach dem VIII. Plenum und bis auf den heutigen Tag hat die Partei es noch nicht erreicht, die völlige Einheitlichkeit ihrer Reihen herbeizuführen. Die Folgen der vorangegangenen Zeit offenbaren sich in der ideologischen Unklarheit einiger Parteimitglieder, in Verkünden verschiedener, falscher Theorien, in revisionistischen Tendenzen und in Tendenzen zur Negierung des demokratischen Zentralismus als der organisatorischen Grundlage der Partei.

Revisionismus entwaffnet die Partei. Die Arbeiterklasse im Kampf für den Sozialismus

Von dem fundamentalen organisatorischen Grundsatz unserer Partei, der im demokratischen Zentralismus steht, kann man sich nicht nur einen Teil dieses Grundsatzes abzweigen, d.h. die Demokratie, und seinen zweiten Teil, d.h. den Zentralismus ablehnen. In solchen Falle wird nämlich der ganze Grundsatz zunichte gemacht. Aber gerade so handeln jene Parteimitglieder, die ideologisch auf Abwege geraten sind, die den Marxismus-Leninismus, die den Sozialismus in seinen Suchen nach neuen Wegen zum Sozialismus verloren haben. Zur Veranschaulichung der grundsätzlichen Denkweise aller Revisionisten will ich die Ausführungen eines aus ihrem Kreise zitieren, nämlich die des Parteimitgliedes L. Kolakowski, der folgendes schrieb: '... das Gegenüberstellen der sozialistischen Demokratie mit der bürgerlichen Demokratie ist ein schädlicher Nonsens, weil es ja nicht um eine Liquidierung der Errungenschaften der bürgerlichen Demokratie geht, sondern um ihre Erweiterung durch ein System, das aus ihr die sich aus der sozialen Ungleichheit ergebenden Elemente der Fiktion beseitigen würde... Demokratie ist ein Risiko, jedoch ein Risiko in das es sich lohnt einzugehen... Die Partei degeneriert, wenn sie mit dem Staatsapparat verwachsen ist und in der Praxis seinen Bestandteil darstellt, statt gesellschaftlicher Inspirator und Erzieher zu sein.'

Zwangsläufig drängt sich die Frage auf; Was beabsichtigt Kolakowski mit seiner knappen Bemerkung über die Notwendigkeit der Ausarbeitung einer neuen Theorie eines neuen Sozialismus? Wohl nur das, um mit ihr die bürgerlichen und sozialdemokratischen Theorien, aus denen er sein Programm für den Aufbau des Sozialismus in Polen ableitete, wie mit einem Feigenblatt zu verhüllen. Und nicht nur seine, das soll nämlich ein Programm der sogenannten - Gott vergelt's - 'Parteilinken' sein, zumindest aber eines Teiles dieses politischen Konglomerats, dieses Mischmasches von mitunter guten, nur ideologisch auf Abwege geratenen Genossen und Leuten, die sich faktisch vom Sozialismus abgewandt haben, und mit dem sie durch nichts mehr verbunden sind, als durch das Parteimitgliedsbuch, das sie noch nicht zurückgegeben haben, und das ihnen die Partei bis jetzt noch nicht entzogen hat.

Was will Kolakowski? Er will eine sogen. integrale Demokratie.

Man kann seine wenigen Zloty in einem Lotteriespiel riskieren, aber das Schicksal Polens, das Schicksal seines Volkes wird kein verantwortungsbewusster Pole nicht einmal in einer solchen Lotterie aufs Spiel setzen, die sich integrale Demokratie nennt oder auch, wie ihre letzte polnische Variante heisst, freies Spiel der politischen Kräfte.

In Kolakowskis Programm finden wir auch den Gedanken, dass die Gesellschaft nur unter den Bedingungen einer integralen Demokratie einen hohen Stand des politischen Bewusstseins erreichen könne. Darüber ist schwer etwas zu sagen, weil es eine solche Demokratie nirgends gegeben hat und gibt.

Es gab aber einst in der deutschen Weimarer Republik eine breite bürgerliche Demokratie. Und in eben dieser breiten bürgerlichen Demokratie, um die Kolakowski die sozialistische Demokratie zu erweitern wünscht, hat das deutsche Volk ein so hohes politisches Niveau erreicht, dass es Hitler und die Rassentheorie von der Überlegenheit der germanischen Rasse hervorgebracht hat.

Genosse Kolakowski lehnt auch die Leninsche Lehre von der Rolle der Partei, von ihrer entscheidenden Bedeutung in Prozess des Überganges von Kapitalismus zum Sozialismus ab.

Die Partei, so sagte Genosse Kolakowski, soll nur 'gesellschaftlicher Inspirator und Erzieher ...' sein, d.h. etwa in der Art einer Rosenkranzbrüderschaft. Sie sollte nicht die Massen organisieren und ihnen in praktischen Handeln voranschreiten, sie braucht keine Entscheidungen zu fällen, praktisch genommen, ist sie für nichts verantwortlich. Alles geschieht von selbst, ausserhalb der Partei, auf elementare Weise. Zur Vervollständigung des Bildes dieser beglückenden Utopie enthebt man die Partei noch der Verantwortlichkeit für die Staatsmacht.

Wenn nämlich die Partei einen Bestandteil der Staatsmacht darstellt, dann 'degeneriert sie'. Wer die Staatsmacht bilden soll, bleibt unbekannt. Übrigens ist das unwesentlich, da ja alles durch Elementargewalten und durch ihre anarchistischen Gesetze regiert wird.

So sieht das Aktionsprogramm aus, das Gen. Kolakowski für die 'Parteilinke' ausgearbeitet hat.

Für diesen revisionistischen Katzenjammer ist Genosse Kolakowski von der bürgerlichen und trotzkistischen Presse belobigt worden, die in ihren Spalten seine in Polen von der Zensur zum Druck nicht zugelassenen Artikel bringt.

Der Revisionismus besteht in der Verneinung der von den Klassikern des Marxismus entdeckten Gesetzmässigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung.

Die Bereicherung der Wissenschaft des Marxismus um solche Ergänzungen, die die Wirklichkeit des Lebens bzw. eines veränderten Lebens widerspiegeln, ist kein Revisionismus. Revisionismus, das ist Entstellung des Marxismus durch Einführung fehlerhafter und falscher Thesen in seiner Lehre, welche die gesellschaftliche Wirklichkeit unrichtig widerspiegeln.

Aus der Lehre des Marxismus-Leninismus sowie aus den langjährigen Erfahrungen des Kampfes der Arbeiterklasse um den Sozialismus ergibt sich die marxistische Ideologie, ergeben sich bestimmte Prinzipien, bestimmte Gesetzmässigkeiten, die unbedingt angewendet werden müssen, will man die gesellschaftlichen Verhältnisse verändern. Die Revisionisten richten ihren Stoss eben gegen diese Prinzipien. Sie verneinen die führende Rolle der Partei, sie verneinen den demokratischen Zentralismus, zweifeln das Wesen des Klassenkampfes an usw. Die Partei kann nicht dulden, dass sich in ihren Schoße irgendwelche Fraktionsgruppen bilden, ungeachtet ihres Namens. Es ist politischer Unsinn, die Partei in Linke, Zentrum und in Rechte einzuteilen. Als ganzes genommen ist die Partei eine Avantgarde der gesellschaftlichen Lipken.

Dognatismus und Konservatismus entfernen die Partei von den Massen

Konservatisten in der praktischen Tätigkeit sind heute nicht nur die Genossen, die die Richtigkeit der Beschlüsse des VIII. Plenums anzweifeln, oder diejenigen, die ich als ideologische Dogmatiker bezeichne. Ein beträchtlicher Teil versteht es noch nicht auf neue Art zu arbeiten, obwohl er die Beschlüsse des VIII. Plenums und die sich aus diesen Beschlüssen ergebende Generallinie der Parteipolitik vollauf billigt. Indem sie nicht verstehen, auf neue Art zu arbeiten, verfallen diese Genossen in Passivität, meiden sie die Parteiarbeit. Unter den Bedingungen einer komplizierten Lageentwicklung im Lande nach dem VIII. Plenum, angesichts der Belebung der Tätigkeit des Feindes kann in einigen Gliederungen der Partei und bei manchen Genossen die Neigung aufkommen, zu den alten Arbeitsmethoden zurückzukehren.

Sowohl im Parteiapparat als auch in den Parteiorganisationen ist noch bis auf den heutigen Tag nicht wenig konservative Verknöcherung übriggeblieben. Die Parteikomitees und Organisationen haben noch nicht die Fähigkeit selbständiger politischer Initiativen, die Fähigkeit eines unverzüglichen und wirksamen Reagierens auf die verschiedenen in ihrem Arbeitsgebiet vorkommenden Erscheinungen ausgebildet.

Um eine bessere Zusammensetzung der Partei

Wir haben in der Partei einen bedeutenden Prozentsatz formeller Parteimitglieder, d.h. passiver, ideologisch desinteressierter Menschen, die an der Parteiarbeit nicht teilnehmen, oftmals sogar nicht einmal Parteiversammlungen besuchen oder gar seit längerer Zeit mit ihrem Parteibeitrag im Rückstand sind. Solche Mitglieder kann die Partei nicht gebrauchen. Solche Menschen müssen von der Liste der Parteimitglieder gestrichen werden. Am behutsamsten ist bei Arbeitern und Bauern vorzugehen. Wenn es sich als notwendig erweisen sollte, sie von der Liste der Parteimitglieder zu streichen, dann müssen die Parteiorganisationen ihre Bemühungen verstärken, um der Partei andere, bewusste Arbeiter und Bauern zuzuführen.

In quantitativer Hinsicht braucht die Partei keine Entwicklung anzustreben. Selbst nach Entfernung einer beträchtlichen Anzahl formeller Mitglieder aus ihren Reihen bleibt die Partei auch weiterhin eine Massenorganisation.

Um eine weitere Verbesserung des Lebensniveaus der Werktätigen

Im Fünfjahrplan, an dessen Erfüllung wir zurzeit arbeiten, ist zugrunde gelegt, dass die Löhne aller Beschäftigten bis Ende des Planjahrfünfts, d.h. bis zum Jahre 1960, durchschnittlich um 30 % anwachsen werden. Ist das viel oder wenig? Betrachtet man dieses Problem vom Gesichtspunkt der Entwicklungsmöglichkeiten und Erfordernisse der Volkswirtschaft, dann ist das sehr viel. Betrachtet man diese Frage unter dem Gesichtspunkt des Lebensniveaus der Werktätigen in unserem Lande, dann wird ihnen die Erhöhung der Reallöhne um 30 % noch nicht den ersehnten Wohlstand bringen.

Wir hatten in letzter Zeit eine Reihe von kurzfristigen Streiks in den verschiedenen Produktionsbetrieben, zu denen aufgrund ökonomischer Forderungen gegriffen wurde. Manchmal waren diese Forderungen absolut unerfüllbar. Manchmal konnten etliche Forderungen der Arbeiter berücksichtigt werden. Unter den Arbeitern wurden auch von aufwieglerischen Elementen demonstrativ-demagogische Forderungen erhoben. Übrigens wurden die Arbeiter gewöhnlich von derartigen Elementen zum Streik aufgeputscht. Welche Haltung soll die Partei zu der Erscheinung der Streiks einnehmen? Es muss ganz klar gesagt werden, dass unsere Partei gegen Streiks ist, sie kann sie weder organisieren noch unterstützen. Gleichzeitig wollen wir aber im Falle einer Arbeitsniederlegung durch die Arbeiter nicht administrative Mittel anwenden. Wenn es dazu kommt, dass die Arbeiter ihre Arbeiter niederlegen, muss die Partei stets zu ihnen gehen und gewissenhaft untersuchen, welche Ursachen sie zu diesem Schritt veranlasst haben. Unter den Bedingungen des sozialistischen Staates, der ein Staat der Arbeiterklasse und des werktätigen Volkes ist, ist ein Streik immer ein ganz bestimmtes

Signal. Er signalisiert entweder ein Krankheitssymptom im Funktionieren der Verwaltung oder, dass aufwieglerische oder der Volksmacht feindlich gesinnte Elemente am Werk sind. Diese Erscheinungen können aber auch miteinander verflochten sein.

Unter den Bedingungen des sozialistischen Staates ist der Streik ein gegen die Streikenden selbst und gegen die gesamte Arbeiterklasse gerichteter Schlag. Darum sind wir gegen Streiks. Ohne den Arbeitern das Streikrecht zu nehmen, müssen wir ihnen jedoch sagen: Streik ist nicht der Weg zur Verbesserung der Lebenshaltung, er vergrössert nicht, sondern verkleinert die nationale Produktion. Besser also, nicht zu streiken.

Unsere Partei marschiert in einer Reihe mit der revolutionären Bewegung der Arbeiterklasse der Welt

Zum Abschluss möchte ich noch mit einigen Worten auf unsere Beziehungen zu den anderen kommunistischen- und Arbeiterparteien eingehen. Es wird kein Aufsehen erregen, wenn ich sage, dass es in diesen oder in jenen Dingen, mitunter vielleicht wichtigen, gewisse Meinungsverschiedenheiten gibt. Ich möchte jedoch mit aller Entschiedenheit betonen; In allen Gesprächen, die wir geführt haben, bestand bei keinem der Teilnehmer ein Zweifel darüber, dass diese oder jene Meinungsverschiedenheit die Prinzipien des proletarischen Internationalismus, nicht die Gemeinsamkeit der Ideen, der Ziele und des Klasseninhalts, der alle unsere Parteien verbindet, antastet.

Es gibt Genossen, sowohl bei uns als auch in anderen Parteien, denen es scheint, dass, will man den Prinzipien des proletarischen Internationalismus gerecht werden, die Arbeiter- und kommunistischen Parteien der ganzen Welt in absolut allem einer Meinung sein müssen, selbst in jedem kleinsten Detail. Wir sind der Auffassung, dass es so nicht zu sein braucht, und dass es sogar unmöglich ist, dass es so wäre.

Davon ausgehend ist unsere Partei der Auffassung, dass die bestehenden Meinungsverschiedenheiten zwischen den Parteien der revolutionären Arbeiterbewegung den proletarischen Internationalismus nicht nur nicht schwächen, sondern vielmehr die von seiner Gesundheit zeugenden Lebenszeichen noch unter den Bedingungen verstärken, dass alle sich aus diesen Meinungsverschiedenheiten ergebenden Diskussionen zwischen den Parteien auf dem Boden der ideologischen Gemeinsamkeit ausgetragen werden, auf dem Boden der gemeinsam anerkannten allgemeinen Gesetzmässigkeiten, die alle Parteien im Kampf um den Sturz der kapitalistischen Ordnung und um den Aufbau der sozialistischen Ordnung beachten und anwenden müssen.

Einige Mitglieder unserer Partei haben den revolutionären Kompass des Marxismus-Leninismus verloren, was sich u.a. in verschiedenen grundlosen öffentlichen Ausfällen gegen die SU und ihre kommunistische Partei zeigte. Unsere Partei verurteilt darum mit aller Schärfe alles, was gegen die Einheit des Lagers der sozialistischen Länder gerichtet ist, was auf eine Untergrabung der Freundschaft und des polnisch-sowjetischen Bündnisses abzielt.

Unsere Partei muss die Einheit des Lagers der sozialistischen Staaten und die Einheit der internationalen Arbeiterbewegung, an deren Spitze die kommunistischen- und Arbeiterparteien stehen, wie ihren Augapfel hüten. Wir können uns von den anderen Parteien in der Einschätzung der Ereignisse in Ungarn unter solchen Umständen unterscheiden. Dies ändert nicht die gemeinsame Auffassung, dass die Hilfe der Sowjetarmee bei der Niederschlagung der Konterrevolution zur Rettung des Friedens und der Sicherheit aller sozialistischen Länder eine traurige, aber unvermeidliche Notwendigkeit war.

Die SED findet in unserer Partei einen treuen Bundesgenossen in ihrem Kampf um die Wiedervereinigung Deutschlands. Unsere Partei und das polnische Volk wissen den Beitrag der SED, den sie zur Sache der Festigung des Friedens in Europa, zur Sache der polnisch-deutschen Freundschaft u. a. durch Anerkennung der Unantastbarkeit unserer Westgrenzen beisteuert, voll und ganz zu schätzen.

Unsere Partei verfolgt mit echter Sympathie die Tätigkeit der Kommunistischen Partei Chinas, welche die schöpferische Lehre des Marxismus-Leninismus am kühnsten entwickelt. Ein Ausdruck der großen Stärke der Kommunistischen Partei Chinas und ihrer tiefen Verbindung mit dem Volk sind die in diesem Lande angewandten Methoden zur Lösung der nichtantagonistischen Gegensätze. Genau so ist die These von den hundert erblühenden Blumen ein kühner Schritt, der in der Praxis des Aufbaus des Sozialismus in anderen Ländern bisher unbekannt war.

Unsere Partei streitet in einer Reihe mit der gesamten revolutionären Bewegung der Arbeiterklasse der Welt. Wir weisen und werden alle albernen Versuche zurückweisen, in unserer Partei einen "Nationalkommunismus" aufspüren zu wollen."

3. Sühne für "Verfehlungen" der Staatssicherheit

Zwei politische Leichen, einstmals im politischen Leben Polens Größen ersten Ranges, wurden während des IX. Plenums offiziell begraben. Es handelt sich um die "Graue Eminenz" des Regimes aus der Stalinschen Zeit, Jakob BERMAN, und den ehemaligen Minister für Staatssicherheit, Stanislaw RADKIEWICZ.

Während des Oktoberplenums des ZK war eine Kommission zur Untersuchung der parteimäßigen Verantwortung für die "Verfehlungen" der ehemaligen Staatssicherheit gebildet worden. Die Ergebnisse dieser Untersuchungen wurden jetzt veröffentlicht. BERMAN, dem das Politbüro die Aufsicht über die Staatssicherheit aufgetragen hatte, und RADKIEWICZ wurden von dem Vorwurf freigesprochen, durch bewußte Provokation oder bösen Willen Verhaftungen hochstehender Parteifunktionäre verursacht zu haben. Sie haben sich lediglich einer mangelnden Aufsicht schuldig gemacht, Beide wurden aus dem ZK und der Partei ausgeschlossen. In drei Jahren dürfen sie ihren Eintritt in die Partei wieder beantragen.

Im allgemeinen hat man in Polen erwartet, daß beide ehemaligen Parteigewaltigen vor Gericht gestellt und mit Gefängnis bestraft werden. Als Hohn hat man die Feststellung der Kommission aufgenommen, die beiden hätten von den Übergriffen der ihnen untergeordneten Organe nichts gewußt.

4. Soziales Gefüge der Partei

Roman ZAMBROWSKI, Politbüromitglied und ehemals Stalinist, dem "fünf vor zwölf" noch der Anschluß an GOMULKA glückte, stellt eine beängstigende Erscheinung in der polnischen Partei fest:

Die Aktivität und die Zahl der Arbeiter in der Partei werden immer kleiner wogegen die Parteimitglieder, die sich aus der Intelligenz und der Beamten-schicht rekrutieren, immer mehr in den Vordergrund treten.

ZAMBROWSKI stellte fest, daß bei den 17 Wojewodschaftskonferenzen der Partei, die zwischen Dezember 1956 und April 1957 stattfanden, der Anteil der Arbeiter unter den Delegierten nur zwischen 7 und 11 % variierte, obwohl der prozentuale Arbeiteranteil unter den Mitgliedern der Partei in einzelnen Bezirken zwischen 36 % und 47 % schwankt. Auch unter den neugebildeten Arbeiterräten befinden sich die Arbeiter in vielen Fällen in der Minderheit, obwohl hier das Gesetz vorschreibt, daß die Arbeiter mindestens zwei Drittel der Mitglieder stellen müssen.

"Seit mehreren Jahren zeichnen sich in der sozialen Zusammensetzung der Partei unvorteilhafte Veränderungen ab. Der prozentuale Anteil der Arbeiter verkleinert sich, größer wird dagegen der Anteil der Angestellten und Beamten, wogegen der Anteil der Bauern auf seinem sehr niedrigen Niveau bestehen bleibt. Am 1. Januar 1950 gab es unter den Mitgliedern der Partei noch 50,7 % Arbeiter gegenüber 33,5 % Angestellten und Beamten. Am 1. Januar 1957 gab es nur noch 44,5 % Arbeiter und 39,5 % Angestellte und Beamte in den Reihen der Partei."

ZAMBROWSKI verlangt eine wirksamere Regulierung der sozialen Zusammensetzung der Partei als bisher. Er führte an, daß im 1. Vierteljahr 1957 14.000 Mitglieder gestrichen worden sind; 74 % der Ausgeschlossenen waren Arbeiter.

5. Arbeiter und Studenten wollen nicht mitmachen

Laut "Trybuna Ludu" vom 22. Mai zählt der Sozialistische Jugendverband Polens jetzt 80.000 Mitglieder. Obwohl die Arbeiterjugend der wichtigste Wirkungskreis der Organisation ist, bleibt der prozentuale Anteil der jungen Arbeiter im SJV "sehr unbefriedigend". In einer Baumwollspinnerei in Białystok, die ca. 1.000 jugendliche Arbeiter beschäftigt, gehören nur "mehrere" (also weniger als 10) dem Verband an. Noch schlimmer sieht es aber auf den Hochschulen aus, wo die Studenten einen regelrechten Boykott des Verbandes durchführen. Besser sieht es lediglich unter den jungen Angestellten in den Büros, bei den Behörden, Genossenschaften usw. aus.

6. Katholischer als der Papst... (Päpstlicher als der Papst...)

Der ehemalige "Führer" einer kleinen faschistischen Gruppe aus der Vorkriegszeit und nach dem Kriege Vorsitzender der Organisation der sogen. "Fortschrittlichen Katholiken", Boleslaw PIASECKI, hat sich der polnischen Öffentlichkeit, die ihn seit dem letzten Oktober gerne vergessen wollte, wieder in Erinnerung gebracht.

Im Oktober, eine Woche vor dem VIII. Plenum, das die Einsetzung GOMULKAs als I. Sekretär der Partei brachte, hatte PIASECKI in seinem Organ "Słowo Powszechne" einen Artikel veröffentlicht, in dem er auf die Gefahr einer sowjetischen Intervention hinwies, falls sich der Liberalisierungskurs in Polen durchsetzen sollte. Er hat sich damals auf die Seite der Stalinisten geschlagen, mit denen er jahrelang "erfolgreich" zusammengearbeitet hatte. Am 10. Mai, fünf Tage vor dem IX. Plenum, hat er sich wieder dazu berufen

geföhlt, dem Volke und GOMULKA eine Lektion darüber zu erteilen, was sie tun sollen, um die sozialistische Entwicklung Polens nicht zu gefährden. Er verdamnte in seinem Artikel die "unverantwortlichen Intellektuellen", die gegen die SU hetzen; wies auf die Gefahren hin, die die Oktoberlinie dadurch gebracht hätte, daß sie den "reaktionären Elementen" einen großen Spielraum für ihre Betätigung gab und ging sogar so weit, MAO TSE TUNG zu belehren, daß seine These über die hundert blühenden Blumen eine Gefahr für Polen darstelle. Ebenso wie im Oktober war auch sein Auftritt im Mai mit den Angriffen der Stalinisten gegen die Parteireform auf das genaueste synchronisiert. Es dürfte kein Zufall sein, daß der ehemalige Faschist und jetzige "Katholik" PIASECKI sich in einem entscheidenden Moment auf die Seite der Stalinisten und Moskaus stellte. Man weist in Warschauer Kreisen auf die engen Bande hin, die ihn und viele seiner engen Mitarbeiter mit der NKWD und der polnischen Störherheitspolizei verbanden. Schon im Oktober hat man seine politische Liquidierung erwartet. GOMULKA aber, der selbst um ein Haar einer physischen Liquidation entging, will seine politischen Gegner nicht mit Gewaltmitteln entfernen und so blieb PIASECKI verschont. Er ist der Typ eines politischen Gangsters, der skrupellos genug ist, die schmutzigsten Dienste für seine Auftraggeber zu leisten.

7. Sowjetdiplomats aus Warschau ausgewiesen

Ende Mai 1957 unternahm GOMULKA einen aufsehenerregenden Schritt. Er setzte die Abberufung des II. sowjetischen Botschaftssekretärs MASLENNIKOW durch. Der sowjetische Diplomat, der gleichzeitig Presseattaché seiner Botschaft war, fiel schon vor mehreren Wochen unangenehm auf, weil er bei den Unterhaltungen mit polnischen Presselenten sehr offen seiner Abneigung gegen die Oktoberlinie der polnischen Partei und den polnischen Parteichef Ausdruck gab.

Ein besonderes Steckenpferd dieses "Diplomaten" schien die "Judenfrage" zu sein. Er versuchte bei jeder Gelegenheit, wo er mit polnischen Journalisten zusammentraf, dieses Thema aufzunehmen. Seiner Meinung nach gab es "in der polnischen Presse viel zu viele Juden", und das wäre "sehr schade, weil gerade die Juden die Atmosphäre zwischen Polen und der SU vergifteten". Die polnischen Gesprächspartner waren über diese Erklärungen des Sowjetmenschen mehrmals in eine peinliche Situation gebracht worden. Einerseits konnten sie ihm nicht sagen, was sie über ihn denken, andererseits war es ihnen wiederum unmöglich, diese Provokationen widerspruchslos hinzunehmen. Es half nicht einmal, wenn man MASLENNIKOW diskret darauf aufmerksam machte, daß sich unter seinen jeweiligen polnischen Gesprächspartnern Polen jüdischer Abstammung befinden. Er nahm keine Rücksicht darauf und setzte

seine "Betrachtungen" unbeirrt fort. Einmal hielt man ihm entgegen, daß die Rassenhetze in Nürnberg offiziell als ein Verbrechen gegen das internationale Recht verurteilt wurde. MASLENNIKOW gab eine verblüffende Antwort: "Die Nürnberger Gesetzgebung ist nicht das letzte Wort auf diesem Gebiet gewesen." Ein anderes Mal wies man MASLENNIKOW darauf hin, daß MARX doch auch Jude gewesen sei. Dem widersprach der sowjetische Diplomat energisch: "Die Mutter Karl MARX war eine Deutsche und auch sein Vater wurde schon getauft..."

Über solche Gespräche berichteten die Journalisten ihren Verband, die Sache ging dann weiter zu Regierungs- und Parteistellen. Fast zwei Monate dauerte das Tauziehen um MASLENNIKOW:

Die Polen verlangten seine Abberufung, der Sowjetbotschafter in Warschau, PONOMARENKO, schien sich aber mit seinen Untergebenen zu solidarisieren, weil er keine Schritte in Moskau unternehmen wollte. Schließlich schaltete sich GOMULKA selbst in die Sache ein, und dann konnten die Sowjets nicht länger ausweichen. Als erster Sowjetdiplomats östlich des Eisernen Vorhangs wurde MASLENNIKOW als "persona non grata" nach Hause geschickt.

GOMULKA bewies, daß er bei aller Vorsicht, die er sich in den Beziehungen zu den Sowjets auferlegt, eine Grenze kennt, die er niemandem zu überschreiten erlaubt.

II. Wirtschaft

=====

1. Kolchosen sind schutzbedürftig

Über 10.000 Produktionsgenossenschaften gab es in Polen vor den Oktober 1956. Heutzutage gibt es nur noch 2.200. Das wurde auf der Sitzung des Landesrates für Produktionsgenossenschaften am 8. und 9. Mai in Warschau festgestellt. In dem Beschluß des Rates heißt es u. a.:

"Viele staatliche Dienststellen nehmen gegenüber den übriggebliebenen Kolchosen eine gleichgültige oder sogar unfreundliche Haltung ein. Die Situation hat sich umgekehrt. Früher hat man die Einzelbauern in die Kolchosen gepreßt; heute versuchen diese Bauern, die Kolchosmitglieder zum Austritt und zur Auflösung zu zwingen. Sie werden schikaniert und gehetzt, man nimmt ihnen willkürlich den Boden weg, und das alles wird von den Behörden geduldet..."

So ändern sich die Zeiten! Im Beschluß appelliert man an die verantwortlichen Stellen, dem "Unrecht" ein Ende zu bereiten und den erhaltenen Kolchos Schutz und Hilfe der staatlichen Behörden angeeignet zu lassen.

2. Unrecht wird wieder gutgemacht

Während der Kollektivierungswut der stalinschen Zeit haben sich viele Bauern dem erwürgenden Druck der staatlichen Organe nur dadurch zu entziehen gewußt, daß sie zugunsten des Staates oder einer Produktionsgenossenschaft auf ihren Besitz verzichteten. Viele Mittel- und Großbauern, die die Schikanen und Steuerlast nicht mehr tragen konnten und die "Abtrittsakte" unterzeichnet hatten, reichen jetzt Gesuche ein, damit man ihnen ihren Besitz zurückgebe. Das Ministerium für Landwirtschaft arbeitet jetzt an einem Gesetzentwurf, der die Rückgabe der "abgetretenen" Bauernhöfe vorsieht. In den Fällen, wo man auf dem alten Bauernbesitz neue Investitionen vorgenommen hat (Gebäude usw.), sollen die Bauern einen anderen, gleichwertigen Hof bekommen.

3. Kein Brachland mehr

Die neue Agrarpolitik der Partei hat schon die ersten, fühlbaren Ergebnisse gezeigt. In allen Teilen Polens, vor allem aber in den Westgebieten, verschwand das Problem des unbewirtschafteten Bodens. Alle verlassenen Höfe sind wieder besetzt worden. Viele polnische Bauern bewerben sich vergebens um die Zuteilung eines Hofes, weil es keine unbesetzten mehr gibt. Das berichtet "Zycie Warszawy" am 24. Mai. Das Blatt stellt fest, daß man jetzt von den staatlichen Landgütern Teile abtrennt und sie den Einzelbauern zuweist, um allen Ansprüchen und Wünschen gerecht zu werden.

4. Staatsgüter kosten viel Geld

Interessante Angaben macht in der "Trybuna Ludu" vom 25. Mai der Minister für Landwirtschaft, Edward OCHAB (Vorgänger GOMULKAs als I. Sekretär der Partei). Die landwirtschaftlichen Staatsgüter umfassen jetzt ca. 2,5 Mill. ha.

Das bedeutet aber nicht, daß sie diese ganze Fläche tatsächlich bewirtschaften. Zumindest eine Million ha in Staatsbesitz sind völlig devastierte Flächen, die mehrere Jahre lang brach lagen und zu deren voller Bewirtschaftung man insgesamt 48 Milliarden Zloty Investmittel brauchen würde. Der Hauptanteil dieser Kosten würde auf den Bau der Wohn- und Wirtschaftsgebäude fallen. Die Höhe der allein für diese Zwecke benötigten Summe schätzt man auf 34 Milliarden Zloty. Diese Summen kann aber der Staat gegenwärtig nicht aufbringen.

OCHAB gab an, daß man in den Jahren 1958 bis 1960, also innerhalb der nächsten drei Jahre, für den Bau von Gebäuden auf den Staatsgütern lediglich 4,3 Milliarden Zloty abzweigen kann. Die volle Bewirtschaftung der Staatsgüter würde also bei dem jetzigen Tempo der Investition etwa 10 Jahre in Anspruch nehmen.

OCHAB schlägt deshalb vor, zumindest 200.000 ha aus den staatlichen Areal für die Heimkehrer aus der Sowjetunion abzugeben und sich ansonsten in erster Linie auf Investitionen in die Staatsgüter zu beschränken, die in den ertragreichsten Gebieten liegen, wie etwa in Delta der Weichsel, in Pyritz (Pommern), Ketrzyn (Ostpreußen) und Hrubieszow (Ostpolen) an westlichen Bug. Man müßte dort völlig von dem Prinzip einer Erhaltung der Staatsgüter abgehen, wo die landschaftliche Beschaffenheit eine Bewirtschaftung großer Flächen sehr schwer macht, wie etwa im Gebirgsland (Karpaten).

In der jetzigen Lage sind die Staatsgüter Zuschußbetriebe, für die der Steuerzahler jährlich Milliarden Zloty bezahlen muß. Im Jahre 1954 betrugen die Verluste der Staatsgüter 2,3 Milliarden Zloty, ein Jahr später schon 3,5 Milliarden und im Jahre 1956 4,7 Milliarden Zloty.

5. Wirtschaftliche Aktivierung der Westgebiete

Im Laufe der letzten Wochen wurde ein parlamentarischer Ausschuß und eine Regierungskommission für die Westgebiete gebildet. Am 26. Mai wurde dazu noch eine "Gesellschaft für die Entwicklung der Westgebiete" ins Leben gerufen. Alle dieser Körperschaften befassen sich hauptsächlich mit der Aktivierung der Wirtschaft in den Westgebieten, vor allem der Landwirtschaft und der Kleinstädte. Auf dem Lande befaßt man sich mit der Zuweisung der Bauernhöfe für die Rückkehrer aus der SU und Zentralpolen. Soweit es die Letzteren betrifft, ist diese Aktion jetzt abgeschlossen. Die Ansiedlung der Heimkehrer wird naturgemäß länger dauern. Die polnische Presse schreibt von einem großen Andrang der Bauern, die sich um die Zuweisung eines Hofes bemühen. Noch vor einpaar Jahren haben oft dieselben Leute ihren Besitz in Stich gelassen und sind nach Hause zurückgekehrt, weil sie den Schikanen der Verwaltung und der allgemeinen Unsicherheit nicht gewachsen waren.

Die Aktivierung der Kleinstädte ist ein Problem, das nicht nur die Westgebiete, sondern ganz Polen betrifft, aber in Westen ganz besonders kraß zu Tage tritt. Die kleinen Städtchen dieses Gebietes leben, soweit sie keine größeren Industriebetriebe hatten, von Handwerk, der Heimarbeit und der

Kleinindustrie. Die wahnsinnige Politik der stalinschen Ära hat bewußt alle diese in der Hauptsache privaten Betriebe und Unternehmungen zerschlagen, ohne dabei fähig zu sein, einen Ersatz dafür zu schaffen. Menschen, denen man weder zu arbeiten noch zu verdienen erlaubte, wanderten in größere Zentren ab, und die kleinen Städte entvölkerten sich und verfielen immer mehr.

Jetzt konzentrieren sich die Bestrebungen der neuen Staatsführung darauf, die Lücke wieder zu füllen. Man versucht, die private Initiative wieder heranzuziehen, indem man kleine Industriebetriebe in Gang setzt. Man hat auf diesem Gebiet schon einige Erfolge erzielt, aber es wird noch Jahre dauern, bis man von einer Normalisierung des Lebens in den kleinen Städten sprechen kann.

III. Soziale und kulturelle Probleme

=====

1. Statt zu erziehen und zu bilden, hat die Schule demoralisiert

In den ersten Tagen des Mai 1957 tagte in Warschau ein gesamtpolnischer Kongreß, der den Bildungsproblemen gewidmet war. Der Minister für Schulwesen, Wladyslaw BIENKOWSKI, erklärte auf dem Kongreß:

"Ein demoralisierendes Element in unserer Schule war der Widerspruch zwischen Wort und Wirklichkeit, zwischen der Atmosphäre, die wir in der Schule zu schaffen versuchten und all dem, was das Kind mittels seiner eigenen Wahrnehmungsfähigkeit durch das Schulfenster draußen sah. Dies hat zu einer ernsthaften Erschütterung unserer Erziehungsgrundlagen, zu einer Erschütterung der Autorität der Schule und des Lehrers geführt. Ich glaube, daß wir in der neuen Situation, in der sich nunmehr Schule und Lehrer befinden, danach streben müssen, dieses Element unwirksam zu machen. Der Lehrer muß sich moralisch aufrichten, er muß den Schülern das sagen, woran er selbst glaubt, und wovon er sie zu überzeugen imstande ist."

Der Minister appellierte an Lehrerschaft und Bevölkerung, die untergrabene Autorität der Schule und des Lehrers wieder herzustellen.

2. Betrug an den Kumpels?

Um die polnischen Kumpels zu einer Steigerung der Kohlenförderung anzusporren, hat man anfangs 1957 einen Devisenfond für die Kohlengruben geschaffen, die die vierteljährlichen Planziffern übererfüllen. Für jede Tonne Kohle über den Plan bekommen die Gruben 1,25 Dollar, die auf spezielle Bank-

konten eingezahlt werden. Für dieses Geld dürfen sich die Kumpel sogen. "attraktive" Waren im Ausland kaufen. Von den 80 polnischen Kohlengruben haben schon 65 eigene Devisenkonten errichten können. So weit ist die Sache völlig in Ordnung.

Jetzt müßte aber der zweite Akt kommen: Den Kumpels müßte man die Listen und Preise der sie interessierenden Waren vorlegen, die sie sich dann bestellen könnten. In der Hauptsache richteten sich die Interessen der polnischen Bergleute auf Motorräder, Motorroller, Autos, Fernsehapparate usw. Die Handelszentralen versuchen aber mit allen Mitteln, sich aus der Affäre zu ziehen. Sie legen den Gruben keine Kataloge und Preislisten vor, versuchen den Bergleuten Waren anzubieten, die ohnehin in jedem polnischen Geschäft zu haben sind usw. In wenigen Fällen, wo man tatsächlich die gewünschten Angebote machte, hat sich herausgestellt, daß diese Waren dem Binnenmarkt entzogen wurden, obwohl sie ein zusätzlicher Import sein sollten.

Entweder werden also die Kumpel betrogen oder andere Verbraucher. "Zycie Warszawy" schreibt am 23. Mai, daß unter den Bergleuten aus diesem Grunde große Verbitterung und Enttäuschung herrsche. Die Idee, für die Kohlengruben besondere Devisenfonds zu schaffen, stammt übrigens von GOMULKA, der sie in seiner bekannten Rede auf dem VIII. Plenum im Oktober 1956 entwickelte.

3. Arbeitslosigkeit

Nach offiziellen Angaben betrug die Zahl der Arbeitssuchenden in Polen am 31. März 1957 57.000 Menschen. Hauptsächlich handelt es sich dabei um Verwaltungsangestellte, die in den letzten Monaten entlassen wurden. Aber nicht nur die Verwaltung wird gekürzt. Auch in den Fabriken gibt es zahlreiche Entlassungen. Nach Angaben von "Zycie Warszawy" vom 26. Mai hat man in einer für Rüstungszwecke arbeitenden Fabrik in Skarzysko 2.400 Personen entlassen und 500 anderen die Löhne gekürzt.

"Schreckliche Szenen spielten sich in den Tagen ab, als man bei der Direktion Beschwerde gegen die Entlassungen einlegte. Bis zum späten Abend standen die Entlassenen an und baten um die Zurücknahme der Entlassung oder Beschaffung einer anderen Arbeit. 'Baten' ist hier ein zu schwaches Wort. Oft haben sie gebettelt und gedroht.

Sowohl die Entlassenen wie auch diejenigen, denen man das Gehalt gekürzt hat, verfluchen Oktober, Reorganisierung der Industrie und die Arbeiterräte, weil gerade der Arbeiterrat diese Maßnahme vornehmen mußte. Da im Arbeiterrat in großer Zahl Vertreter der Intelligenz sitzen, gilt ihnen der ganze Haß der verbitterten Menschen."

Es gibt zwar Teile des Landes, wo Mangel an Arbeitskräften herrscht, aber dorthin wird sicher nur ein kleiner Teil der Entlassenen gehen. Nicht etwa, weil sie arbeitsscheu sind. Soll man aber von einem Menschen, der in einer Stadt eine eingerichtete Wohnung besitzt, erwarten, daß er alles aufgibt und dorthin geht, wo zwar Arbeit ist, aber keine Möglichkeit besteht, eine eigene Wohnung zu bekommen, und das auch in den nächsten Jahren nicht? Oder soll er sich für Jahre von seiner Familie trennen und in einem obskuren "Arbeiterhotel" hausen? Die katastrophalen Wohnverhältnisse in Polen verhindern, die Frage der Arbeitslosigkeit befriedigend zu lösen. Sie sind zum großen Teil an der allgemeinen Trunksucht der Menschen, der Demoralisierung der Jugend schuld.

4. Statistik

Der Geburtenüberschuß in Polen betrug im Jahre 1956 18,9 % und war damit einer der höchsten in Europa, obwohl er in den letzten Jahren eine leicht absinkende Tendenz zeigt. Jährlich vergrößert sich die Bevölkerung Polens um ca. 500.000.

Die Beschäftigtenzahl betrug Ende 1956 7.100.000 Menschen und war damit um 5 % höher als Ende 1955.

B . Polen und Ausland

=====

1. Bezeichnende Formulierungen

GOMULKA bei seiner Festansprache am 1. Mai 1957:

"Wir grüßen die Völker und Arbeiter der großen Sowjetunion, des ersten sozialistischen Staates in der Welt, unseres Nachbarn, Verbündeten und Freundes...

Wir grüßen alle Werktätigen des größten Staates der Erde - der Chinesischen Volksrepublik, des nahen Freundes der polnischen Volksrepublik."

("Trybuna Ludu" vom 2. Mai 1957)

2. Freundschaft...

In der ersten Hälfte des Mai fand in Warschau die Sitzung der Gesellschaft für Polnisch-sowjetische Freundschaft statt.

Im Hauptreferat unterzog man die bisherige Tätigkeit der Gesellschaft und ihre Ergebnisse einer kritischen Analyse. Man stellte fest, daß die begangenen Fehler und die Unwirksamkeit der Arbeiter der Gesellschaft durch eine völlig falsche Einschätzung der Stimmungen in der Bevölkerung, der Außerachtlassung der Gefühle des nationalen Stolzes der Polen und der Widersprüche zwischen Wort und Wirklichkeit bedingt waren.

"Die Losung "Freundschaft, Beispiel und Hilfe der Sowjetunion - die Hauptquelle unserer Siege" - verkleinerte die Rolle der Polen bei dem Wiederaufbau des Staates. Die Erschütterung des XX. Parteitages und der Oktober haben uns die Augen für die Wirklichkeit geöffnet. Diese Erschütterung war so stark, daß im ersten Augenblick viele von uns nur die Schattenseiten und das völlige Fiasko unserer bisherigen Tätigkeit sahen.

Es wurde der Hoffnung Ausdruck verliehen, daß die neuen Prinzipien in der Arbeit der Gesellschaft in Zukunft die gewünschten Erfolge bringen werden."

("Trybuna Ludu", 12. Mai 1957)

Es konnte natürlich nicht ausbleiben, daß in der darauf folgenden Diskussion ein Stalinist das Wort ergriff, um mit den "Feinden" abzurechnen. Diese Rolle übernahm Stefan MATUSZEWSKI, ehemaliger Politbüro Kandidat und kommunistischer Agent innerhalb der Polnischen Sozialistischen Partei vor dem Kriege. Er bezeichnete die Thesen des Referates als falsch und stellte fest, daß von einem Widerspruch zwischen Wort und Wirklichkeit in den polnisch-sowjetischen Beziehungen der Vergangenheit keine Rede sein kann. Diejenigen, die das so formulieren, seien im Grunde genommen antisowjetisch eingestellt. MATUSZEWSKI behauptet, nur Auflösungserscheinungen in der Gesellschaft ermöglichten solche Ereignisse wie die Posener Revolte. Als echter Stalinist ließ MATUSZEWSKI es sich nicht nehmen, auch gegen die Juden einen Angriff zu starten:

"Kosmopoliten, Zionisten und andere Stroloche werden uns nicht belehren, was Patriotismus ist..."

("Trybuna Ludu" 12. 5. 1957)

Stefan MATUSZEWSKI, Kazimierz MIJAL (führte auf den IX. Plenum den Hauptangriff gegen GOMULKA) und Oleslaw PIASECKI sind drei der bekannten Politiker, die in der letzten Zeit als sowjetische Agenten die Grundlagen des polnischen Oktobers zu erschüttern versuchten.

3. Polnischer Besuch in Prag

Zwischen dem 2. und 6. Mai wählte eine polnische Regierungsdelegation, geführt vom Ministerpräsidenten Josef CYRANKIEWICZ, in der Tschechoslowakei. Die wirtschaftlichen Besprechungen über Kredite, die Polen bei seinen südlichen Nachbarn aufnehmen wird, waren einer der Gründe dieses Besuches, aber sicher nicht der wichtigste. Sowohl Warschau wie auch Prag haben sich in der letzten Zeit immer mehr an der Normalisierung der durch den polnischen Oktober getrübt Beziehungen interessiert gezeigt. Die betonte Herzlichkeit, mit der man die Polen in der CSR empfangen hat, ist ein weiterer Beweis dafür, daß sich die Position GOMULKAS auch innerhalb des Ostblocks weiter gefestigt hat. Sicher bedeutet das nun aber nicht, daß Moskau nicht trotzdem gerne GOMULKA bei geeignetem Anlaß stürzen würde. Es bedeutet aber, daß man in Augenblick den "kalten Krieg" gegen GOMULKA als ein ungeeignetes Kampfmittel betrachtet.

Als Abschluß des Besuches wurde eine gemeinsame Erklärung veröffentlicht, in der es u. a. heißt:

"Mit besonderer Besorgnis beobachten Polen und die Tschechoslowakei die Entwicklung in Westdeutschland. Es ist nicht das erste Mal, daß beide auf die Gefahr der Remilitarisierung Westdeutschlands aufmerksam machen. Diese Tatsache löst selbst innerhalb des deutschen Volkes einen wachsenden Widerstand aus. In Anbetracht der systematischen revisionistischen Angriffe gegen die Friedensgrenze an der Oder und Neiße, die von Westdeutschland unternommen und von offiziellen Kreisen unterstützt werden, erachten es beide Seiten für notwendig zu erklären, daß diese Frage ein für allemal entschieden ist. Die Regierung der CSR teilt vollauf den Standpunkt der polnischen Regierung in der Frage der Unantastbarkeit der Grenze an der Oder und Neiße und gewährt ihr ihre uneingeschränkte Unterstützung.

Polen und die Tschechoslowakei haben sich, ähnlich wie auch die anderen Länder des sozialistischen Lagers, nie von Gesichtspunkten der Revanche gegenüber dem deutschen Volke leiten lassen. Sie unterstützen und unterstützen das Recht dieses Volkes auf Wiedervereinigung auf demokratischer und friedlicher Grundlage sowie auf eine souveräne Existenz des deutsche Staates.

- 32 -

Die Regierung der CSR begrüßt mit Genugtuung, daß nach dem VIII. Plenum des ZK der PVAP in Polen neue große Fortschritte erzielt wurden, und daß sich das polnische Volk noch enger um seine Partei und Regierung geschart hat.

Beide Regierungen erachten es für erforderlich, zwischen beiden Ländern weiterhin eine enge wirtschaftliche Zusammenarbeit zu entwickeln, die vor allen durch die Nachbarschaft und die historisch herausgebildeten Bindungen beider Länder begünstigt wird.

Beide Regierungen haben vereinbart, daß sich die CSR an der Inangsetzung des Abbaus der Schwefelvorkommen in Polen beteiligen wird. Gleichfalls wurde vereinbart, daß sich die CSR an Ausbau der Steinkohlenindustrie in Polen nach Bedingungen beteiligen wird, die durch ein gesondertes Abkommen festgelegt werden."

"Trybuna Ludu" kommentiert diese Erklärung am 8. Mai wie folgt:

"Die polnische Bevölkerung wird mit besonderer Genugtuung jenen Abschnitt der gemeinsamen Erklärung begrüßen, in welchem die Regierung der CSR unserer Partei, die es vermocht hat, nach dem VIII. Plenum die breitesten Volksmassen enger als bisher um das Programm des sozialistischen Aufbaus zu scharen, Anerkennung ausspricht."

+ + +